

Vortrag an den Ministerrat

Bericht über die Tagung des Rates der Europäischen Union (Landwirtschaft/Fischerei) in Brüssel von 26. bis 28. Mai 2021

Von 26. bis 28. Mai 2021 wurde zum zweiten Mal ein Rat Landwirtschaft und Fischerei unter dem Vorsitz der portugiesischen Ministerin für Landwirtschaft, Maria do Céu Antunes sowie dem portugiesischen Minister für maritime Angelegenheiten, Ricardo Serrão Santos physisch in Brüssel abgehalten. Frau Bundesministerin Elisabeth Köstinger vertrat die österreichischen Interessen. Die Kommission wurde durch die Kommissarin Stella Kyriakides (Gesundheit), und die Kommissare Janusz Wojciechowski (Landwirtschaft) und Virginijus Sinkevičius (Fischerei) vertreten. Im Vordergrund standen die Verhandlungen zur Gemeinsamen Agrarpolitik nach 2020.

Die Ratstagung wurde von größtenteils parallel abgehaltenen Supertrilogon zwischen Vertreterinnen und Vertretern, des Europäischen Parlaments, dem portugiesischen Ratsvorsitz und Vertreterinnen und Vertretern der Kommission zum GAP-Reformpaket für die Zeit nach 2020 begleitet. Der portugiesische Vorsitz informierte stets über die Verhandlungsrunden im Trilog und legte dem Rat Kompromissvorschläge für die weiteren Verhandlungen vor. Die Schwerpunkte der Verhandlungen zwischen den Institutionen und im Rat betrafen die Zielgerichtetheit von Direktzahlungen, die Grüne Umweltarchitektur sowie die soziale Dimension der GAP. Obwohl in einigen Bereichen Fortschritte erzielt werden konnten, wurden die weiteren Verhandlungen auf Juni vertagt. Die Anrechnung höherer Umwelleistungen in der 2. Säule für die Höhe der Ökoregelungen sollte gemäß der Allgemeinen Ausrichtung erhalten bleiben. Für zielgerichtete Direktzahlungen stand neben dem Prozentsatz hinsichtlich eines Mindestausmaßes insbesondere eine freiwillige bzw. verpflichtende Umsetzung zur Diskussion. Zur Aufnahme einer sozialen Dimension in der GAP äußerten sich die Mitgliedstaaten weiterhin überwiegend kritisch und betonten, dass ein allfälliger Kompromiss im Rahmen eines Gesamtpakets zu bewerten sei.

Die Kommission stellte eine Untersuchung zu den Möglichkeiten der Union hinsichtlich einer Aktualisierung der geltenden Rechtsvorschriften in Bezug auf die Erzeugung und Vermarktung von Pflanzenvermehrungsmaterial vor. Die Mitgliedstaaten sprachen sich dazu mehrheitlich für die Notwendigkeit der Aktualisierung des bestehenden Rechtsrahmens aus und erachteten die Ergebnisse der Studie, als einen guten Ausgangspunkt für die weitere Diskussion. Überdies hoben sie die Bedeutung von lokal angepasstem Saat- und Pflanzgut hervor. Es wurde darum gebeten, forstliches Vermehrungsgut differenziert zu behandeln, weil es sich in Erzeugung, Handel und Vertrieb substantiell von Saatgut für die landwirtschaftliche Produktion unterscheidet. Kommissarin Kyriakides präsentierte außerdem die Studie zu dem Status neuer genomischer Verfahren (NGT). Demnach seien die NGT mit der derzeitigen Gesetzgebung in Einklang zu bringen. Die Studie zeigt klar die Vorteile von NGT auf, wenngleich im Zentrum der Überlegungen immer die Gesundheit von Mensch, Tier und Umwelt stünden. Die Mitgliedstaaten begrüßten das Ergebnis der Studie strichen allerdings die Bedeutung des Vorsichtsprinzips hervor.

Nach einer Diskussion billigten die Ministerinnen und Minister die Ratsschlussfolgerungen zu den Prioritäten der EU für den Welternährungsgipfel der Vereinten Nationen 2021, der im September 2021 in New York stattfinden wird. In ihren Wortmeldungen begrüßten die Delegationen die Ratsschlussfolgerungen als einen wichtigen Beitrag für den Welternährungsgipfel und nachhaltigere Ernährungssysteme. Der Vorsitz fasste zusammen, dass der Rat die Ratsschlussfolgerungen über die Prioritäten der EU für den Welternährungsgipfel der Vereinten Nationen angenommen habe.

Außerdem stellte Kommissar Wojciechowski den Bioaktionsplan vor. Zentraler Fokus ist die Erhöhung der biologischen Produktion auf 25% der landwirtschaftlichen Fläche bis 2030. Die Ministerinnen und Minister diskutierten über das Ambitionsniveau des Aktionsplans sowie über seine Durchführbarkeit. Viele Mitgliedsstaaten – so auch Österreich – drückten ihre Unterstützung für den Plan der Kommission aus. Insbesondere zentral für die Erreichung der Ziele sei, dass sich Angebot und Nachfrage, im ausgewogenen Maße zueinander entwickle.

Unter dem Tagesordnungspunkt „Sonstiges“ informierte Kommissar Sinkevičius über den aktuellen Stand der Konsultationen EU-UK. Wie auch die Mitgliedstaaten lehne man die vom Vereinigten Königreich vorgeschlagene Teileinigung ab. Ebenso zum Thema Fischerei brachten Spanien und Frankreich einen Punkt vor, der sich mit dem bis Jahresende geplanten WTO-Abkommen über Fischereisubventionen befasst. Zum Thema Landwirtschaft sprach Polen als Vorsitzender der Visegrad Gruppe gemeinsam mit

Kroatien und Rumänien über die Chancen und Herausforderungen für Landwirte, die sich aus der Strategie „Vom Hof auf den Tisch“ ergeben. Abschließend informierte die griechische Delegation im Namen von Frankreich und Italien über die Notwendigkeit von Unterstützung der von der jüngsten Frostperiode betroffenen landwirtschaftlichen Sektoren.

Ich stelle daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

22. Juli 2021

Elisabeth Köstinger
Bundesministerin